

Eröffnungsansprache Junisession 2020

Standespräsident Alessandro Della Vedova

(es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrtes Publikum zu Hause
Geschätzte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Seit der letzten Session im Februar ist viel passiert. Graubünden, die Schweiz, Europa und wir alle sind unvermittelt in eine Krise gerutscht, auf die man sich zwar vorbereitet hatte, ihren Verlauf und ihre Folgen aber dennoch nicht absehen konnte und noch immer nicht kann.

War in den ersten Wochen die Verunsicherung über die Gesundheitsfolgen gross, beschäftigen uns heute vor allem die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. In unserer schnelllebigen Zeit sind die Kranken und die Verstorbenen bereits aus den Schlagzeilen verschwunden. Deshalb möchte ich zuallererst unsere Verstorbenen ehren. Ich bitte Sie alle, sich für eine Schweigeminute zu erheben. Ich danke Ihnen.

Im Namen der Bündner Bevölkerung und der Bündner Institutionen spreche ich erneut meinen herzlichen Dank all denjenigen aus, die dieser Pandemie für uns alle – und mit unermüdlicher Selbstaufopferung – begegnet sind: den Ärzten, dem Pflege- und gesamten medizinischen Personal, den Betreuerinnen und Betreuern – und auch Angehörigen und Freunden, die in der Pandemie denen persönlich beigestanden haben, die aus verschiedenen Gründen Hilfe gebraucht haben und noch immer brauchen.

Unser Dank gilt auch all denen, die unsere Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs, unsere Dienstleistungen und alle wesentlichen Aktivitäten am Laufen gehalten haben und halten. Den Logistikern, Sicherheitskräften, Soldaten, Zivilschutzleistenden, Pöstlern, Lehrpersonen, den Mitarbeitenden des öffentlichen Verkehrs, der öffentlichen Verwaltung, und, und, und ... Sie alle haben eine enorme Leistung erbracht, indem sie das System am Laufen gehalten haben. Das System, das wir alle immer für so selbstverständlich hielten.

Ich kann und will auch diejenigen nicht vergessen, die ihre Dienstleistungen gerne angeboten hätten, aber nicht mehr durften. Ich denke zum Beispiel an die Hotellerie, die Gastronomie, unzählige Läden, die Bergbahnen und an die lange Wertschöpfungskette in unserem Tourismus.

Und ich möchte nicht zuletzt der Bevölkerung danken. Die Aufopferung, die die vom Bundesrat und von unserer Regierung angeordneten Massnahmen von uns allen verlangt, wurde mit grossem Sinn für Selbstverantwortung akzeptiert. Ohne diese Selbstverantwortung wären alle Anordnungen Papier, das keine Wirkung hat.

Als Standespräsident ging und gehe ich während der Krise in alle Regionen des Kantons. Ich besuche Unternehmen, Institutionen und Vereine und verschaffe mir einen Eindruck über die Menschen. Ich höre viel von Sorgen, spüre aber gleichzeitig auch den Willen, das eigene Schicksal an die Hand zu nehmen und es weiterhin selbst zu bestimmen. Graubünden lässt den Kopf nicht hängen – Graubünden schaut vorwärts.

Die Pandemie hat die Rahmenbedingungen für unser Leben und unser Wirtschaften auf den Kopf gestellt. Vieles, was zuvor über Generationen gelernt, gewohnt und einfach war, ist nun plötzlich sehr vielfältig und komplex. Wir leben in einem reichen und fast perfekt funktionierenden Land – in einer Blase aus Wohlstand und Sicherheit. Sie gibt uns das Gefühl, immun zu sein für die Probleme, mit denen viele andere Länder tagtäglich kämpfen. Aber die Blase ist fragil. Das hat uns die Pandemie gezeigt. Nutzen wir diese Ereignisse, um zu lernen und auch unsere Lebens- und Wirtschaftsmodelle zu hinterfragen.

In der Politik mussten wir uns schlagartig an ein System gewöhnen, das den meisten von uns zum Glück komplett unbekannt war. Das Notrecht. Die Exekutive entschied rasch und weitreichend – vorerst, ohne auf eine parlamentarische Zustimmung zu warten. Der Kanton und die Gemeinden mussten dezidiert umsetzen, was der Bund uns vorgab – und dennoch flexibel bleiben für die unterschiedlichen

Bedürfnisse in den verschiedenen Kantonsteilen, Bevölkerungsgruppen und Branchen. Diese Situation war für alle neu und alles andere als einfach.

Das beherzte Vorgehen des Bundesrats und der Kantonsregierungen hat gut funktioniert, aber es hat auch Fragen nach der Verhältnismässigkeit und der Gesetzmässigkeit der einzelnen Massnahmen aufgeworfen. Wir haben nun die Aufgabe, die Tätigkeit und die Massnahmen der Regierung zu diskutieren und Entscheide dazu zu fällen.

Das ist sehr wichtig, denn die Annahme, die Parlamente hätten die Notmassnahmen ihrer Exekutiven nur lediglich durchzuwinken, ist falsch. Als Volksvertreterinnen und Vertreter haben wir die Pflicht, die Tätigkeit der Regierung zu hinterfragen. Nur so können wir und auch die Bevölkerung die Basis bilden für das so wichtige Vertrauen in die bisherige und künftige Tätigkeit unserer Regierung.

Schon vor der Beratung ist es mir aber ein Anliegen, der Regierung und ihren Mitarbeitenden, dem Führungsstab, der ganzen kantonalen Verwaltung sowie den Regionen und Gemeinden herzlich zu danken. Sie alle haben grosse Flexibilität, Kompetenz und unermüdlichen Einsatz gezeigt.

Die Wahrnehmung zur Coronakrise und zum Vorgehen des Bundes und des Kantons war und ist nicht in allen Regionen unseres Kantons die gleiche. Nicht alle Gegenden waren gleich betroffen und da und dort gab es aus der Sicht der Betroffenen verständliche Kritik. Unterschiede traten zutage – vor allem zwischen Norden und Süden. Letztlich behielten aber dann die ausgleichenden Kräfte die Oberhand und liessen Lösungen zu, mit denen alle leben konnten und mussten.

Die Ausdehnung und Topografie, die drei Kulturen und die geografische Lage sind Qualitäten, aber auch Herausforderungen für unseren Grenzkanton. Graubünden ist eine Brücke zwischen Norden und Süden, Graubünden ist aber auch ein sehr heterogenes Gebilde. Eine der Lehren aus der Coronakrise ist wohl die ungebrochene Bedeutung der Unterschiede in unserem Kanton. Sie gilt es zu respektieren, egal wie gross die Herausforderung sein mag, die man gerade zu meistern hat.

Die Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden werden uns erhalten bleiben – oder gar noch zunehmen. Denn der Druck aus dem Süden auf unseren Kanton wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Die künftigen Herausforderungen für Graubünden werden aus dem Süden kommen. Denn die südlichen Länder Europas leiden unter einer besonderen Krise. Sie zu ignorieren, wäre töricht, die Coronakrise hat gezeigt, wie schnell es auch um unsere Stabilität geschehen sein kann. Auch bei uns gilt: ein Staat allein kann nicht alles richten.

Die Beziehungen mit dem Tessin und der Nachbarregion Lombardei waren für Graubünden schon immer wichtig – und sie werden noch wichtiger werden. Die italienische Sprache muss in unserem Kanton an Bedeutung gewinnen. Ich habe mir vorgenommen, mich nach meinem Präsidentschaftsjahr hier besonders einzusetzen.

Zum Schluss noch eine Überlegung wirtschaftlicher Natur. Die Regierung hat in diesen Wochen viele Millionen gesprochen. Das ist gut so, denn es zeigt Stärke. Graubünden braucht diese Stärke, denn viele Unternehmen und zahlreiche Menschen werden nicht einfach mit einem «blauen Auge» aus dieser Krise kommen.

Es fragt sich, ob es nicht sinnvoll wäre, auch für die Wirtschaft einen Führungsstab einzusetzen, um das Ganze besser und umfassender zu koordinieren, um mehr herauszuholen. Denn die drohende Armut von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekämpfen wir nicht nachhaltig, indem wir regelmässig Subventionen sprechen, die Leute abhängig machen. Besser wäre es, sich für eine funktionierende und gerechtere Wirtschaft einzusetzen. Den ärmeren und exponierten Schichten unserer Bevölkerung helfen wir nur, wenn wir Arbeitsplätze schaffen, die gerechte Löhne gewährleisten. Das sehe ich als Geschäftsleiter einer Hilfsorganisation, die sich auch in unserem Kanton jeden Tag mit Armut und all ihren Facetten beschäftigt. Nur gemeinsam können wir die Coronakrise bewältigen.

Meine Damen und Herren, die Junisession des Grossen Rats ist eröffnet.